Das Bundesgesundheitsministerium, das in der letzten Legislaturperiode zeitweise jeden Monat ein Gesetz vorlegte und teilweise gleichzeitig die Corona-Pandemie unter Hochdruck bewältigte, ist seit Ihrem Amtsantritt selbst mit einem zusätzlichen Staatssekretär in lähmender Stagnation gefangen.

Mehr noch: Statt im Ausschuss für Gesundheit mögliche Fehler einzuräumen, drohten Sie Ihren eigenen Beschäftigten zuletzt unverhohlen mit „personellen Konsequenzen" im Falle von „Indiskretionen". Welche Botschaft damit an die seit Jahren über Volllast arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbunden sein soll, entzieht sich meiner Kenntnis. Klar ist aber: Ein Minister sollte sich immer vor die eigenen Mitarbeiter stellen. Muss er ihnen nach wenigen Monaten im Amt drohen, hat er sein Haus nicht unter Kontrolle.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bleiben Sie dem Gesundheitsausschuss des Bundestages fern – im Gegensatz zu Ihrem Amtsvorgänger in der letzten Legislatur. Nach Ausbruch der Pandemie entsprach es der guten Übung, dass er dem Ausschuss trotz zeitgleich stattfindender Kabinettssitzungen oft und ausführlich für Fragen zur Verfügung stand.

Seit Antritt der neuen Bundesregierung tagte der Gesundheitsausschuss an 16 Tagen, von denen Sie an gerade einmal 5 Tagen teilnahmen. Für einen konstruktiven demokratischen Umgang zwischen Parlament und Regierung und einen fairen Streit zwischen Regierung und Opposition ist das deutlich zu wenig.

Durch dieses Handeln droht das Ansehen der Politik insgesamt Schaden zu nehmen: bei den Gesundheitsberufen, in den Einrichtungen, vor allem aber bei den Versicherten, Patientinnen und Patienten und Pflegebedürftigen. So kann und darf es nicht weitergehen. Ich richte daher folgenden Appell an Sie:

Beenden Sie den Stillstand in der Gesundheitspolitik, schaffen Sie wieder mehr Vertrauen in Ihre Arbeit. Bringen Sie endlich die gesetzgeberischen Vorhaben auf den Weg, die 2022 wirklich drängen, insbesondere: schnelle finanzielle Planungssicherheit für Krankenkassen und die Pflege, frühzeitige Pandemie-Vorsorge statt Panikmache für den Herbst – und ein Haushaltskonzept, das nicht der Cannabis-Klientelpolitik zum Opfer fällt, sondern für das Gesundheitssystem die wirklich wichtigen Schwerpunkte setzt.

Und nicht zuletzt: Bitte stellen Sie sich öfter der konstruktiven Debatte im Gesundheitsausschuss und im Parlament. Als größte Oppositionsfraktion stehen wir dafür gern bereit und sind sicher: Es würde der Gesundheitspolitik und den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land guttun.

Mit freundlichen Grüßen

Tino Sorge MdB